

Interpellation Nr. 76 (Juni 2017)

17.5220.01

betreffend Nichtbeachtung des Volkswillens – besser bekannt unter dem Namen Masterplan Velo?

Knapp zehn Tage nach dem klaren Entscheid der baselstädtischen Stimmbevölkerung gegen einen Veloring (fast 60% sagten Nein) hat der Regierungsrat den Masterplan Velo vorgestellt. Im Masterplan sind so u.a. auch der Bau einer Zollibrücke, des Sevogelstegs und weitere ringartige Routen zur "Förderung des Veloverkehrs" vorgesehen.

Dieses aus dem Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt entstandene Papier erstaunt nach dem sehr klaren Nein der Stimmbevölkerung zum Veloring sehr. Gerade noch im Abstimmungskampf zum Veloring wurde seitens der Behörden gerade auch bezüglich des Sevogelstegs wenig Konkretes gesagt und abgestritten, dass dieser Steg in Planung sei und keinesfalls im Zusammenhang mit dem Veloring stehen würde. Das nun von der Regierung verabschiedete Papier deutet aber darauf hin, dass dieser Steg sehr wohl in den Planungen des Departements eine Rolle gespielt hat und der Stimmbevölkerung offenkundig Sand in die Augen gestreut wurde.

Nach dem bereits im Abstimmungskampf offenkundigen Fauxpas der nicht-neutralen Abstimmungspropaganda "pro Veloring" auf der Homepage des Amtes für Mobilität, muss nun erneut die ideologische Geisteshaltung des Departements in Frage gestellt werden. Man kann diesen Masterplan als reine Velo-Ideologie des Departements Wessels bezeichnen. Es ist offensichtlich Fakt, dass die im Departement zuständigen Personen Volksentscheide negieren und keinerlei Sensibilität – fern ihrer eigenen velo-politischen Überzeugung – zeigen.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb akzeptiert und respektiert der Regierungsrat den Volksentscheid vom 21. Mai 2017 nicht und verzichtet nicht sofort auf planerische Massnahmen wie z.B. dem Sevogelsteg und die Zollibrücke?
2. Hatte der klare und unmissverständliche Volksentscheid zum Veloring einen Einfluss auf den Masterplan Velo oder werden solche Dokumente in den Amtsstuben des BVD ohne jegliche Reflexion auf die realen Gegebenheiten erstellt?
3. Nimmt Regierungsrat Hans-Peter Wessels, als oberster Verantwortlicher des BVD, seine Führungsverantwortung noch wahr, wenn Verwaltungsangestellte Volksentscheide nicht respektieren und Strategiepapiere mit Inhalten weiterentwickeln, welche in der Bevölkerung zehn Tage zuvor keine Mehrheit fanden?
4. Realisiert der Regierungsrat, dass die einseitig ideologisierte Verkehrspolitik des BVD in der Bevölkerung nach drei Abstimmungsniederlagen (Tram Erlenmatt, Strasseninitiative, Veloring) nicht mehr mehrheitsfähig ist?
 - 4.1 Falls ja, weshalb kommt er dennoch mit solchen Vorschlägen?
 - 4.2 Falls nein, müsste dem zuständigen Departementsvorsteher vom Gesamt-Regierungsrat das Verkehrsdossier entzogen werden?
5. Ist der Regierungsrat bereit, angesichts des klaren Volksentscheides, seine Meinung hinsichtlich des Masterplans Velo nochmals zu überdenken und entsprechende Projekte wie bspw. die Zollibrücke zu streichen?
6. Wann wird, angesichts der Dringlichkeit und der Ungleichbehandlung der Verkehrsträger, ein "Masterplan Auto" erstellt, welcher auch auf die Bedürfnisse von Autofahrenden eingeht und berücksichtigt?
7. Erachtet der Regierungsrat Volksabstimmungen für noch gerechtfertigt, wenn er im Endeffekt trotzdem macht was er will?
8. Fördert der Regierungsrat mit dieser Nichtbeachtung des Volkswillens nicht die Politverdrossenheit in der Bevölkerung?

Pascal Messerli